

Beschluss des 69. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein

Perspektiven schaffen durch verbindliche Integration von Anfang an – Demokratie, Rechtsstaat und Gleichberechtigung leben

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Zerfall ganzer Staaten, Bürgerkriege, Klimaveränderung und wirtschaftliche Not führen immer mehr Menschen nach Europa. Für viele ist Deutschland das Ziel ihrer Träume. Die große Zahl von Flüchtlingen, die derzeit täglich zu uns kommen, stellt uns vor große Herausforderungen. In großartiger Weise arbeiten alle staatlichen Stellen und die Zivilgesellschaft Hand in Hand, um die Menschen nach zum Teil wochenlanger lebensgefährlicher Flucht hier zunächst mit dem Nötigsten zu versorgen. Bürgerinnen und Bürger helfen spontan und in bislang nicht gekanntem Ausmaß.

Die Fluchtursachen sind global und vielfältig. Deshalb können sie auch nur im Zusammenwirken der Staatengemeinschaft gelöst werden. Die Europäische Union ist hier in besonderer Weise gefordert, ein gemeinsames verbindliches Konzept zu entwickeln, das weiterhin die Aufnahme von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen gewährleistet und zugleich ein geordnetes Verfahren der Aufnahme und Verteilung der Ankommenden sicherstellt. Auch dank der Initiative der Bundesregierung konnten hier in einem ersten Schritt wichtige Vereinbarungen erzielt werden, denen weitere folgen müssen. In Deutschland passen wir jetzt die Rahmenbedingungen den neuen Herausforderungen an. Die unionsgeführte Koalition hat ein Gesetzespaket beschlossen, um denjenigen zu helfen, die ein Bleiberecht haben, und diejenigen schnellstmöglich zurückzuschicken, die nicht hier bleiben dürfen.

Menschen, die bei uns Schutz suchen, fliehen vor Krieg, unwürdigen Lebensbedingungen, Diskriminierung, politischer und religiöser Verfolgung sowie vor Perspektivlosigkeit für sich und ihre Familien. Sie suchen bei uns Frieden und Sicherheit. Für sich und ihre Familien bauen sie auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Wir wollen den Menschen, die ein Bleiberecht erhalten, eine Perspektive geben und setzen dabei auf Integration von Anfang an. Bei den Asylbewerbern, bei denen kein Asylgrund vorliegt, muss eine schnelle Rückführung erfolgen.



Die Willkommenskultur, mit der überall in Deutschland die Ankommenden begrüßt werden und mit der ihnen in den ersten Tagen und Wochen Unterstützung zu teil wird, muss in eine dauerhafte Integration münden. Von zentraler Bedeutung ist das Erlernen der deutschen Sprache für alle. Dies ist die Grundvoraussetzung für die Teilhabe in Deutschland und für eine Integration in Schule, Ausbildung und Beruf. Viele Menschen bringen eine gute Ausbildung mit. Für sie wird es auf einen schnellen Spracherwerb und die Überprüfung und Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse ankommen. Andere kommen als Analphabeten oder mit geringer Qualifikation zu uns. Sie brauchen neben dem Sprachunterricht gezielte Bildungs- und Ausbildungsangebote.

Die Bundesrepublik Deutschland kann bei der Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus anderen Kulturkreisen auf bewährte und erprobte Verfahren zurückgreifen. Das Prinzip des Forderns und Förderns muss auch jetzt Maßstab unseres Handelns sein. Wichtig sind verlässliche Strukturen vor Ort. Wir brauchen verstärkt Beratungs-, Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsangebote. Individuelle Integrationsvereinbarungen schaffen Verbindlichkeit für beide Seiten. Wir setzen uns für entsprechende verpflichtende Regelungen ein. Als besonders tragfähig hat sich dabei die Kooperation von Kommunen, Kammern, Arbeitsverwaltung und Wohlfahrtsverbänden erwiesen.

Neu ist das enorme Ausmaß der Zuwanderung innerhalb kürzester Zeit. Die Menschen kommen ganz überwiegend aus anderen Kulturkreisen, viele haben eine andere Religion. Sie bringen andere Erfahrungen in Bezug auf staatliche Strukturen, das Wirtschaftssystem und kulturelle Traditionen mit. Das stellt uns vor große bislang nicht gekannte Herausforderungen und wird gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen. Grundlage für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in unserem Land ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Unsere Werte müssen geachtet und gelebt werden. Dazu zählen insbesondere die Achtung der Würde aller Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch grundlegende Entscheidungen, die in diesem Land mit großer Mehrheit gefallen sind, wie die Einigung Europas und die Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel.

Jede Frau, die in Deutschland lebt, ist frei und gleichberechtigt. Gewaltfreiheit und ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beruf müssen für alle selbstverständlich sein. Für Traditionen und Verhaltensweisen, die mit unserer Werte- und Rechtsordnung nicht vereinbar sind, ist kein Platz in unserem Land.

Berichten über sexuelle Übergriffe auf Frauen in Flüchtlingsunterkünften, die von Belästigungen bis hin zu Zwangsprostitution gehen, ist unmittelbar nachzugehen. Wir fordern Strukturen in Flüchtlingsunterkünften, die den zum Teil schwer traumatisierten Frauen Sicherheit und Bewegungsfreiheit bieten. Hilfetelphone, Rückzugsräume, speziell geschulte Ansprechpartnerinnen, medizinische Betreuung sowie spezielle Angebote für traumatisierte Frauen und Kinder müssen gegeben sein.

Dabei ist auch den besonderen Belangen von Müttern mit Kindern Rechnung zu tragen. Sie brauchen besondere Unterstützung, um der Verantwortung für sich und ihre Kinder gerecht werden zu können. Die Betreuung der Kinder darf kein Hinderungsgrund für die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen sein. Wenn die Integration der Mütter gelingt, wird auch die Integration der Kinder vorangebracht.

Die verbindliche Vermittlung der deutschen Sprache und berufliche Aus- und Weiterbildung alleine reichen nicht aus. Integration muss auch die Vermittlung unserer Rechtsordnung, unseres Verständnisses von Demokratie und unserer Werte umfassen. Viele haben sich für Deutschland entschieden, weil sie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität schätzen. Daran müssen wir anknüpfen.

An der Frage der Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland wird sich auch entscheiden, ob Integration dauerhaft gelingt.

Integration ist die große Aufgabe für alle in unserem Land. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Sei es durch Zeitspenden, die Übernahme einer Patenschaft, zum Beispiel von Schülern für Schüler oder von Familien-, Bildungs- und Ausbildungspatenschaften. Hier bereits seit langem lebende Migrantinnen und Migranten sind schon heute wichtige Ansprechpartner und Wegweiser für die Neuankömmlinge. Ehrenamtliche Hilfe kann professionelle Hilfen nicht ersetzen, aber sinnvoll unterstützen und verstärken. Auch Ehrenamt bedarf professioneller Strukturen und hauptamtlicher Unterstützung. Aber auch die Flüchtlinge selbst können sich für unser Land engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst ist eine Plattform, sich für Deutschland zu engagieren und hier anzukommen.

Unsere Demokratie hat sich in vielen Herausforderungen bewährt. Wenn wir unsere Werte leben, die Weichen jetzt richtig stellen und Integration voranbringen, gehen wir daraus gestärkt hervor.